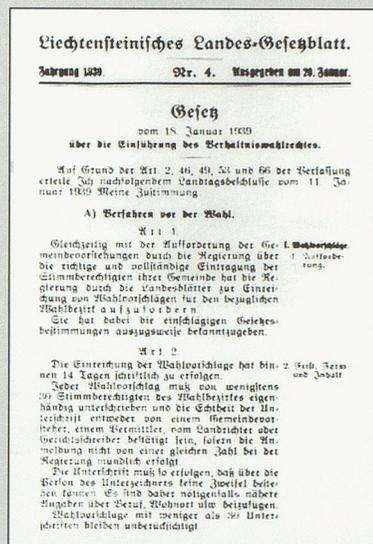


keinen Landesvater, nur einen Landesfürsten, er sei kein Untertan. In einer Depesche der Volkspartei nach Wien protestierten «gut 450» Bürger aus Vaduz, Triesenberg und Balzers «feierlich ebenso wie die Triesener gegen die Besetzung der Regierung durch Ausländer.» Die «Oberrheinischen Nachrichten» meinten, die «liechtensteinische Ehre sei mit einer Ausländerregierung unvereinbar», da Liechtenstein dadurch sich im Zustand eines «österreichischen Koloniallandes» befinde. Mit der Klage über den «Absentismus», also der ständigen Landesabwesenheit des Landesfürsten, wurde in diesem Zusammenhang auch direkte Kritik am Verhalten des Fürsten geübt.

Die Bürgerpartei reagierte auf die von der Volkspartei betriebene «Politik der Strasse» mit einer «grossen Volkskundgebung im Unterland», an der über 500 stimmberechtigte Bürger teilnahmen. Als Sprecher an dieser Volkskundgebung traten FDP-Obmann Franz Verling, Landtagspräsident Friedrich Walser sowie David Bühler, Johann Wohlwend, Peter Büchel, Andreas Meier, Franz Josef Marxer und Eugen Nipp auf. Sie alle sprachen sich für die Berufung Peers als Landesverweser aus. Auch an dieser Versammlung wurde eine Resolution verfasst. Darin begrüßten die über 500 versammelten stimmberechtigten Bürger «die fürstliche Ernennung des Herrn Dr. Peer zum Landesverweser von Liechtenstein». Zugleich verurteilte diese Resolution «auf das Entschiedenste jedes Vorgehen gegen den Bestand des Landes als konstitutionelle Monarchie» und die Anwesenden gelobten «als freie Bürger unserem Fürsten unentwegte Treue». Die Resolution schloss mit einem Hoch auf Fürst und Vaterland. Die «Oberrheinischen Nachrichten» bemerkten zu dieser Resolution über die von der Bürgerpartei propagierte Ernennung eines neuen Landesverwesers bissig: «Bei uns gibt es nichts zu verwesen, wohl aber zu regieren.»

Die Volkspartei blieb durch ihre rührige Aktivität weiterhin der agierende Teil in der Auseinandersetzung. Im April 1920 liess die Volkspartei Peer wissen, dass sie «den Kampf mit allen erlaubten Mitteln» führen werde.



*Gesetz vom 18. Januar 1939 über die Einführung des Proporzses.*

genen Personen zu Abgeordneten bzw. zu Stellvertretern (6.4.). Die Vaterländische Union nominiert Dr. Otto Schädler (Vaduz), Johann Beck (Triesenberg), Basil Vogt (Balzers), Florian Kindle (Triesen), Josef Sele (Vaduz) als Oberländer Abgeordnete, Rudolf Matt (Mauren) und Chrysostomus Oehri (Ruggell) als Unterländer Mandatäre. Huldigung des Volkes beim Schloss Vaduz für Fürst Franz Josef II. (29.5.). Liechtensteiner Tag an der Landi in Zürich (16.7.). Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1.9.). Verschiedene Liechtensteiner kämpfen auf deutscher Seite mit.